's schMaNkerl

>> # 4 – März 2013 <<

Rassistischer Normalzustand auch in der Leopoldstadt

Mordversuch in der U-Bahnstation

Gelebte Utopie

Am Beispiel der Kooperative Cecosesola in Venezuela

Delogierungen stoppen!

Von Delogierung betroffen?

http://schmankerl.noblogs.org
schmankerl@riseup.net

Rassistischer Normalzustand auch in der Leopoldstadt

Am 5.01.2013 wurde eine 36jährige Frau in der U-Bahnstation Taborstrasse auf die Gleise gestoßen. Das rechtzeitige Betätigen der Notbremse durch einen Zeugen rettete ihr Leben. Fast genau drei Monate später wurde dem 51jährigen Täter am Wiener Landesgericht der Prozess wegen schwerer Körperverletzung gemacht. Das nicht rechtskräftige Urteil lautet auf 12 Monate bedingte Haft. Die Justiz, unterstützt von Medien und der Polizei, bagatellisert zum wiederholten Mal rassistische Gewalt. Gleichzeitig häufen sich in ganz Österreich fremden- und minderheitenfeindliche Gewalttaten. Untragbare Zustände, gegen die sich vermehrt Protest regt und gegen die es gemeinsam Widerstand zu leisten gilt.

„Situationsbedingte Panik“ in der U2

Der von ZeugInnen beschriebene Tatablauf: Ein Wiener und seine Freundin fühlten sich von einer telefonierenden Frau gestört, die sich in Begleitung einer Freundin, dem späteren Opfer, neben ihnen am Bahnsteig der U-Bahnstation Taborstraße befand. Erst beschimpften sie gemeinsam die dunkelhäutigen Frauen rassistisch und bedrohten sie. Es entwickelte sich ein Wortgefecht. Der Mann blickte auf die Anzeigentafel der Bahn und kündigte an: “in drei Minuten ist es vorbei”. Kurz vor Eintreffen des Zuges schlug der Täter eine der beiden Frauen mehrmals ins Gesicht, stieß sie vor die herannahende U-Bahn und rannte davon. Der Freundin des Opfers gelang es, die weibliche Angreiferin festzuhalten. Ein Zeuge konnte den Zug mit der am Bahnsteig befindlichen Notbremse gerade noch rechtzeitig stoppen. Beim Sturz in den Gleisschacht brach sich die angegriffene Frau die Ferse und konnte nicht mehr selbstständig aufstehen. Nur Sekunden trennten die Frau auf den Gleisen davon, von der herannahenden U-Bahn getötet zu werden. Der Täter wurde kurze Zeit später in Untersuchungshaft genommen.

Rassistischer Mordversuch - verständlicher Ausraster?

Im Prozess sagte der Anwalt des Mannes, der Gewaltakt sei im Affekt passiert, die unterlassene Hilfeleistung durch feige Flucht sei eine “situationsbedingte Panikreaktion” gewesen. Mordabsicht hätte nie bestanden. Diese ist jedoch für das Gesetz gar nicht relevant. Sobald ein Mensch durch seine Handlung den Tod eines anderen bewusst in Kauf nimmt, lautet der Straftatbestand Mordversuch, nicht Körperverletzung. Jemand auf die Gleise zu stoßen, auf denen jederzeit ein Zug passieren kann, fällt eindeutig in diese Kategorie.

Zunächst wurde der Täter deshalb auch in Untersuchungshaft genommen. Das Boulevardblatt Österreich sprach ebenfalls von Mordversuch und berief sich auf Polizei und ZeugInnenaussagen. Zwei Tage später änderte die Staatsanwaltschaft die Anklage auf schwere Körperverletzung. Videobänder würden die Version des Mannes bestätigen, wonach der Stoß ein "Versehen" war. Diese Videos wurden jedoch nicht öffentlich und anscheinend auch bei der Gerichtsverhandlung nicht gezeigt. Auch die Berichterstattung änderte sich erstaunlich schnell. Während diverse Blätter zuerst korrekterweise von einem rassistisch motivierten Mordversuch sprachen, wurde der Ton schnell milder und passte sich dem Duktus der Anklage an. Und schließlich wurde dem Mann für seine “Überreaktion” auch noch von der Richterin am Landesgericht Verständnis entgegengebracht und er durfte sich über ein sehr mildes Urteil freuen, das weit unter dem Strafrahmen für schwere Körperverletzung blieb.

Ein albtraumhafter Normalzustand

Die schreckliche Tat reiht sich ein in dutzende rassistische Gewalttaten der letzten Jahre. In vielen Fällen werden die Täter gar nicht belangt oder erhalten verhältnismäßig milde Strafen. Die Umstände werden vertuscht, Rassismus wird von den zuständigen Behörden meist sehr schnell ausgeschlossen.

Sogar wenn neonazistisches Propagandamaterial am Tatort gesichert wird, spricht die Polizei von einem "Nachbarschaftsstreit". So geschehen etwa im Jahr 2011 bei rassistisch motivierten Morden in Oberösterreich. Ehemalige und aktive Polizisten berichten über neonazistische Beamte beim Verfassungschutz, in der Justiz und bei der Polizei. In den Onlineforen diverser Zeitung schäumt täglich die Volksseele und 62% der österreichsichen Bevölkerung wünschen sich laut Umfragen einen "starken Mann" an die Spitze. Hungerstreikende *refugees* werden von der Kirche und der Polizei verhöhnt, Kriegsflüchtlinge in Lager eingesperrt, wo sie oft wieder Opfer von neonazistischen Übergriffen werden.

Die Frage sollte erlaubt sein, wieviele Opfer dieser österreichische Normalzustand noch fordern wird, bevor er grundlegend verändert werden muss. Jedes Opfer ist eines zu viel und irgendwann könnte es zu spät sein.

Das Urteil gegen den 51jährigen sorgte für Empörung – es ist jedoch nicht rechtskräftig. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und der Prozess wird in die nächste Runde gehen.

Proteste

Der plump vorgetragene Rassismus rund um die Ereignisse in der U-Bahnstation Taborstrasse führte zu lautstarken Protesten der *black community* während des Prozesses. Gegenüber dem Internetportal *no-racism.net* sagte ein am Protest beteiligter Aktivist: “Die Stimmung im Gerichtssaal war von Respektlosigkeit geprägt. Das Opfer ist immer noch schwer verletzt, traumatisiert und wurde von der Richterin mehrmals schroff unterbrochen. Justizangestellte telefonierten während des Prozesses und das Opfer wurde wie ein kleines Kind behandelt. Wir alle haben den Eindruck, dass das österreichische Justizsystem zutiefst rassistisch ist." Wie zur Bestätigung dieser Aussage wurde ein Aktivist von der herbeigerufenen Polizeisondereinheit WEGA verhaftet.

Weitere Protestaktionen sind angekündigt. Eine kritische Prozessbeobachtung soll organisiert werden.

Mehr und aktuelle Infos finden sich auf den Internetseiten:

https://linksunten.indymedia.org

https://no-racism.net

Gelebte Utopie

Am Beispiel der Kooperative Cecosesola in Venezuela

Das mag ein widersprüchlicher Titel sein, weil wir es hier in Österreich allzu sehr verlernt haben, andere Lebensformen zu entwickeln, die nicht den kapitalistischen Verwertungszwängen entsprechen. Dennoch gibt es weltweit Projekte, die mehr Kollektivität entwickeln als hier zu Lande. Darum stellen wir heute *Cecosesola*, eine Basiskooperative in Venezuela vor. Sie entstand bereits 1967 in Barquisimento, in einer Zeit, als weltweit für RevolutionärInnen der Sozialismus auf der Tagesordnung stand … Es war weder eine von staatlicher Seite verabreichte noch von sozialistischen Absichten geprägte Idee, eine Kooperative aufzubauen. Heute würde mensch sagen, es hatte etwas mit Selbstermächtigung zu tun – die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Der Grund für den Aufbau der Kooperative: Für arme Menschen war das Sterben zu teuer geworden. Daher planten die Leute, ein Beerdigungsunternehmen mit eigener Sargproduktion zu gründen, um zumindest das Sterben in Barquisimento leistbar zu machen. Eine selbstorganisierte Sterbegeldkasse sorgt nun dafür, dass jede/r das Recht auf ein würdiges Begräbnis hat. Das Bedürfnis nach einem breiteren Zusammenschluss mit anderen Produktionsbereichen entstand nach und nach. Es gab in Venezuela bereits Ende der 60er Jahre ein Gesetz, das den Aufbau von Kooperativen unterstützen sollte, jedoch war das mit Hindernissen verknüpft. Eine Kooperative durfte nur in einem Geschäftsbereich tätig sein, musste hierarchisch mit Vorstand und Vorsitzender/m ausgestattet sein und war einer staatlichen Aufsichtsbehörde unterworfen.

Die Gründung von Cecosesola war ein Schritt gegen die arbeitsteilige Trennung. Sehr bald wurden andere Dienstleistungen einbezogen, landwirtschaftliche Betriebe schlossen sich an. Heute funktionieren sie wie landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, haben zum Teil auf biologische Produktion umgestellt und ernähren auf drei kollektiven Märkten ca. 55.000 Familien. Es gibt Beförderungs- und Transportbetriebe, eine kleine Sparkasse sowie Sozialfonds, die Versicherungsschutz anbieten. Mittlerweile dienen 6 Projekte der Gesundheitsversorgung, ein eigenes Gesundheitszentrum wurde aufgebaut, in dem neben alternativen Behandlungen auch kleinere chirurgische Eingriffe vorgenommen und monatlich 7.000 Menschen behandelt werden. Für Mitglieder der Ko-

operative sind die Behandlungen kostenlos. In den über 50 Basisorganisationen sind ca. 20.000 Mitglieder (Beschäftigte und NutzerInnen) organisiert. Bei der täglichen Ausführung und Koordinierung der Arbeiten sind ständig 80 Mitglieder aktiv.

Was ist nun das Besondere an so einer Kooperative?

Nicht ökonomische Effizienz und Spezialistentum stehen im Vordergrund, sondern die sozialen Beziehungen. Dabei wird die Rotation in der Produktion und im Vertrieb gefördert. Märkte dienen nicht nur der preiswerten Versorgung mit Lebensmitteln, sondern auch als soziale Treffpunkte, an denen Diskussionen geführt werden, die dem Konsens dienlich sind. Über Lautsprecher werden wichtige Nachrichten oder Informationen weitergegeben.

Selbstveränderung und Basisdemokratie nehmen viel Zeit und Raum ein, so dass häufig zu wenig Zeit für andere, außerhalb der Kooperative stattfindende politische Aktivitäten vorhanden ist. Aber um große ökonomische Veränderungen zu schaffen und das Verhältnis von Arbeit und Aneignung zu brechen, braucht es zunächst auch die vielen Veränderungen im Kleinen.

Die Abschaffung von Chefs und Hierarchien lässt sich zwar leicht programmatisch formulieren, aber die praktische Umsetzung ist schwierig, wenn einer/m systematisch immer deren Notwendigkeit vorgegaukelt wird. Stabile Verhältnisse zu schaffen, um auf die eigenen Kräfte vertrauen zu können, braucht Zeit und sehr viel Verständnis. Die können nur in gemeinsamen Aktivitäten und Diskussionen gewonnen werden. Es hat aber auch sicher mit dem Arbeitsbegriff zu tun, der mit unserem westlich geprägten nicht in Übereinstimmung zu bringen ist, weil es hier immer nur um Arbeit und ihren Tauschwert als Lohn geht. Arbeiten gehen heißt, deinen Kopf und deine Kreativität acht Stunden anderen zu überlassen, selbstbestimmt ist da wenig.

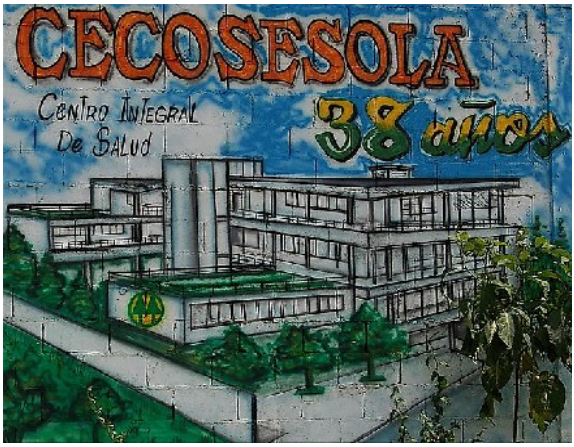
Verlorene Kämpfe

Aufgrund der staatlichen Repression musste der SCT, das lokale Busunternehmen, in den 80er Jahren schließen. Das Busunternehmen war ein Dorn in den Augen der staatlichen Behörden, weil es zu sehr günstigen Bedingungen Menschen beförderte und dadurch zu viel Einfluss auf Studierende und Kinder erhielt.

Die politische Polizei (DISIP) schleuste Spitzel ins Unternehmen ein, die höhere Lohnforderungen stellten. Der SCT blieb aber bei seiner sozialen Auffassung, weiterhin Fahrkarten zum Halbpreis anzubieten und forderte stattdessen staatliche Förderungen.

Dann machten die MitarbeiterInnen eine Aktion „Fahr gratis“, und sie luden andere Transportkooperativen ein, daran teilzunehmen. Das Innenministerium hatte die Anweisung gegeben, dass die Medien über die Gratisfahraktion nicht berichten durften. Schließlich wurden Fahrer der Kooperative festgenommen, das Betriebsgelände von der politischen Polizei gestürmt und die Busse konfisziert.

Auch wenn durch gerichtlichen Beschluss nach 140 Tagen das Betriebsgelände wieder betreten werden durfte und die Busse herausgerückt werden mussten, waren diese nicht mehr zu gebrauchen. Der staatliche Vandalismus hatte sie fahruntüchtig gemacht. Sitze, Motoren, Batterien usw. waren herausgerissen worden. Von 127 Bussen waren nur mehr die wenigsten fahrtüchtig. So wurden die Busfahrer zu Gemüsehändlern. Seit dieser Zeit hat sich Cecosesola darauf zurückgezogen, eher die Märkte und die anderen Dienstleistungen aufrecht zu erhalten.



Die Entwicklung von Basiskomitees vorantreiben

Der venezolanische Staatspräsident Hugo Chavez ist am 4. März 2013 verstorben, sein von oben herab diktierter Sozialismus des 21. Jahrhundert war von der Rezeptur zu wenig basisorientiert, sonst hätte der Präsident längst auf sein Amt verzichtet und begonnen, die Staatsbürokratie abzubauen. Die Möglichkeit, die Welt zu verändern hängt nicht nur von einem gewaltigen Zornesausbruch ab, sondern auch von der Entwicklung der Produktivkräfte. Und damit ist nicht nur die Technologie im Sinne von Maschinen, sondern auch unsere kreative Macht, Sachen auf eine andere Art zu tun, gemeint. Und gerade letztere sollte auf kleiner Flamme vorgekocht werden. Da geht es im Konkreten um viele kleine Projekte, wie beispielsweise die Pizzeria in der Mühlfeldgasse 12 im 2. Bezirk, die sich gegen Immobilienspekulanten zur Wehr setzt und sich z.B. mit den monatlich stattfindenden Demonstrationen und Versammlungen bemüht, den Kontakt zu den GrätzelbewohnerInnen herzustellen.

Delogierungen Stoppen!

Von Delogierung betroffen?

Von Delogierung, auch Zwangsräumung genannt, betroffen zu sein, ist nichts, wofür mensch sich zu schämen braucht. Im Jahr 2011 wurden allein in Wien 2802 solcher Zwangsvollstreckungen durchgeführt.

Der Verlust der Wohnung kann viele Gründe haben. Es handelt sich nicht um individuelles Versagen, sondern um ein gesellschaftliches Problem – und keineswegs um ein Wiener Phänomen. Von Peking bis Mexiko City, von Berlin bis Johannesburg, überall werden Menschen aus Profitinteressen aus ihren Wohnungen und Häusern vertrieben. Steigende Mieten und Wirtschaftskrise verschärfen die Situation.

Wir sind eine Gruppe von Menschen, welche diese Zustände nicht länger hinnehmen wollen. Wir sind solidarisch mit Menschen, die von Delogierungen betroffen sind. Da uns diese Entwicklung alle betrifft können wir auch nur gemeinsam daran etwas ändern.

Falls Sie, oder Personen die Sie kennen, von Delogierungen betroffen sind und Unterstützung brauchen kontaktieren Sie uns unter:

delogierungenstoppen@riseup.net

Weitere Infos zu Delogierungen unter:

www.bawo.at/de/content/wohnungslosigkeit/delogierung.html